

## PFLEGEZEIT

## Zukunftsthema

Die Fußstapfen sind groß, in die Kristina Schröder tritt. Ursula von der Leyen hatte es sich als Familienministerin zur Aufgabe gemacht, jahrzehntlang eingefahrene Denkstrukturen in der Gesellschaft, vor allem aber in ihrer CDU aufzubrechen. Und dafür schuf sie einprägsame Begriffe. Elterngeld und Vatermonate sind schnell in den allgemeinen Wortschatz eingegangen. Sie stehen für die leichtere Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit Blick auf die junge Generation. Das war gut und wichtig, und doch ist es nun an von der Leyens Nachfolgerin Kristina Schröder, das eigentliche Zukunftsthema anzugehen: die leichtere Vereinbarkeit von Familie und Beruf – mit Blick auf die alte Generation.

Die demografische Entwicklung und die Fortschritte der Medizin lassen keinen Zweifel: Der Anteil der alten Menschen an der Bevölkerung wird weiter stetig steigen – und damit letztlich auch der Anteil der Pflegebedürftigen. Angehörigen die Betreuung zu ermöglichen, ohne dass sie ihren Arbeitsplatz aufgeben müssen – das liegt nicht nur im Interesse der Betroffenen, sondern auch der Wirtschaft, die jetzt reflexartig gegen die Idee eines Rechtsanspruchs aufbegehrt. In Zeiten des Fachkräftemangels werden Unternehmen viel bieten müssen, um ihre Leute zu halten. Dazu gehört die nötige Flexibilität, um den unterschiedlichen Herausforderungen des Lebens gerecht werden zu können.

Natürlich sind freiwillige und tarifliche Lösungen der eleganteste Weg. Häufig aber braucht die Entwicklung dorthin einen Anstoß. Schröders Vorschlag wirkt zwar manche Detailfrage auf, aber seinen ersten Zweck hat er erfüllt: eine ernsthafte sozialpolitische Debatte jenseits von Hartz IV zu entfachen. **MATHIAS PHILIPP**



## Kloster Ettal sucht im Missbrauchsskandal Hilfe beim Papst

In den Missbrauchsskandal von Kloster Ettal soll sich nun der Papst einschalten. In einer von dem oberbayerischen Klostern am Mittwoch verbreiteten persönli-

chen Erklärung schreibt der zurückgetretene Abt Barnabas Bögle, er habe von Benedikt XVI. eine apostolische Visitation erbeten – eine Überprüfung des Klos-

ters durch einen Beauftragten des Papstes. Der Benediktinerkonvent mit rund 50 Mönchen wird seit Tagen von einem Skandal um sexuellen Missbrauch an

Schülern durch Ordensgeistliche erschüttert. Auch die Münchener Staatsanwaltschaft ermittelt und veranlasste am Dienstag eine Razzia im Kloster. **dpa**

## INLAND

## Weniger Einbürgerungen

Die Zahl der Einbürgerungen in Deutschland hat im vorigen Jahr einen neuen Tiefstand erreicht. 2009 gab es rund 78 400 Einbürgerungen gegeben. Das sind nochmals deutlich weniger als 2008, als 95 000 Einbürgerungen einen Negativrekord nach der Wiedervereinigung bedeuteten. Im vergangenen Jahr absolvierten 65 313 Migranten einen Einbürgerungstest, den 64 255 bestanden. Hinzugerechnet werden die, die den Test nicht ablegen müssen – etwa, weil sie einen deutschen Schulabschluss haben. **kna**

## Armut trotz Arbeit

Fast eine Million Vollzeitbeschäftigte leben in Deutschland nach Berechnungen des Hans-Böckler-Instituts in verdeckter Armut. Etwa 500 000 Arbeitnehmer in Vollzeit nahmen ihren Anspruch auf ergänzende Hartz-IV-Leistungen nicht wahr, erklärte das gewerkschaftsnahe Institut. Hinzu kämen etwa 400 000 Vollzeitbeschäftigte, die laut Hartz-IV-Statistik ihr Einkommen mit dem Arbeitslosengeld II aufstockten. Somit lebten etwa 900 000 Vollzeitbeschäftigte in verdeckter Armut. Die Dunkelziffer der Armut sei somit nicht gesunken. **rtf**

## Wieder mehr Asylbewerber

Die Zahl der Asylbewerber in Deutschland steigt weiter. Im Februar registrierte das Bundesamt für Flüchtlinge 2361 Asyl-Erstanträge. Das sind 22 Prozent mehr als im Februar 2009, wie das Bundesinnenministerium mitteilte. Das Bundesamt entschied im Februar über 3016 Asylanträge, 579 wurden anerkannt. In 209 Fällen (6,9 Prozent) kam es zu Abschiebeverböten, weil im Herkunftsland Folter droht. 1555 Anträge wurden abgelehnt. Die größte Gruppe waren Afghanen (471 Anträge), gefolgt von Irakern (461) und Iranern (144). **kna**

## Rauchverbot aufgeweicht

In kleinen Kneipen darf in Hessen wieder geraucht werden. Der Landtag verabschiedete am Mittwoch in Wiesbaden mit den Stimmen von CDU und FDP eine entsprechende Änderung des bisher geltenden Nichtraucher-Schutzgesetzes. SPD, Grüne und Linke lehnten das Gesetz ab, das Lockerungen vom Rauchverbot auch für Diskotheken, Tanzlokale, Spielkasinos und geschlossene Gesellschaften vorsieht. Ein Gesetzentwurf der Grünen für ein striktes Rauchverbot fand keine Mehrheit im Landesparlament. **dpa**

## Einstimmig für Schulreform

Ohne Gegenstimmen hat die Hamburger Bürgerschaft Nachbesserungen bei der umstrittenen Schulreform des schwarz-grünen Senats beschlossen. Die Fraktionen von CDU, Grünen, SPD und Linken stimmten geschlossen für das Gesetz. Mit dem Reformpaket wollen die Parteien nun in die Auseinandersetzung um den von der Bürgerinitiative „Wir wollen lernen“ geplanten Volksentscheid zur Schulstruktur gehen. Sie sieht die vom Senat auf den Weg gebrachte sechsjährige Primarschule anstelle der vierjährigen Grundschule ab. **afp**

## Rekord bei Abiturzeugnissen

Rund 447 200 Schüler haben 2009 in Deutschland die Hochschul- oder Fachhochschulreife erworben, so viele wie nie zuvor. Im Vergleich zum Vorjahr sei die Zahl um 1,2 Prozent gestiegen, berichtete das Statistische Bundesamt in Wiesbaden am Mittwoch. Die Mehrheit (53,1 Prozent) sind junge Frauen. Auffällig ist der Rückgang in Thüringen (minus 9,1 Prozent) und Sachsen (minus 7,2 Prozent), einen starken Anstieg verzeichneten Baden-Württemberg (plus 7,3 Prozent) und Hamburg (plus 9 Prozent). Niedersachsen erreichte plus 4,9 Prozent. **dpa**

## Streikverbot bleibt

Mitarbeiter von Kirche und Diakonie dürfen auch in Zukunft nicht streiken, wenn ihre Tarife nach einem arbeitsrechtlichen Sonderweg ausgehandelt werden. Wie das Arbeitsgericht Bielefeld entschied, hat das kirchliche Selbstbestimmungsrecht Vorrang vor dem Streikrecht. In dem Verfahren hatten die Diakonie Westfalen-Rheinland-Lippe sowie die westfälische und die hannoversche Landeskirche gegen die Dienstleistungsgewerkschaft verurteilt, weil sie im Herbst 2009 in Einrichtungen von Kirche und Diakonie zum Streik für mehr Geld aufgerufen hatte. Die Gewerkschaft kündigte an, in die nächste Instanz zu gehen. (Az.: 3Ca2958/09)

## ANDERE ANSICHTEN

## Berliner Zeitung

## zum Thema: Pflegezeit:

„Das von Kristina Schröder ins Gespräch gebrachte Modell einer zweijährigen Pflegezeit mit Zeit- und Gehaltskonten ist angesichts der eigentlich nur mit sich selbst beschäftigten schwarz-gelben Koalition geradezu innovativ. Es läge im Interesse von Millionen von Menschen, wenn es ihr gelänge, in der Pflege neue politische Akzente zu setzen.“

## Frankfurter Allgemeine

## zum Thema Vorratsdatenspeicherung:

„Es gibt eine Reihe Bürger, die vom Staat Schutz verlangen. Für die fühlt sich anscheinend die FDP nicht zuständig. Oder glaubt Frau Leutheusser-Schnarrenberger, die Polizei könne Hacker und Internet-Kriminelle „wie vor 2008“ mit Blaublicht und Martinshorn jagen? Geschädigte könnten sich bald bei ihrer Partei mit dem Wahlzettel bedanken.“

## ZUR PERSON

## Karl-Josef Laumann

(CDU), nordrhein-westfälischer Arbeitsminister, tritt für einen arbeitsfreien Sonntag und gegen eine Ausweitung der sonntäglichen Ladenöffnungszeiten ein. „Wir brauchen einen Tag in der Woche für die Familien. Sonst kann auch kein Zusammenhalt in den Familien gepflegt werden“, sagte Laumann am Mittwoch in Düsseldorf auf einer Kundgebung der Allianz für den freien Sonntag. Der Landesvorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Guntram Schneider, sagte vor Teilnehmern der Kundgebung, es gehe auch darum, ob Kirchen und Gewerkschaften es zulassen, dass alle Lebensbereiche der Bürger ökonomisiert würden. Der Allianz für den freien Sonntag gehören neben dem DGB die Evangelische Arbeitnehmerbewegung sowie der Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt und die Katholische Arbeitnehmerbewegung an. Die Allianz will den 3. März als internationalen Tag des freien Sonntags verankern wissen. **epd**



## TOMICKEK



## Bruttolöhne sinken erstmals seit 1949

## Tariferhöhungen werden von Kurzarbeit und Öffnungsklauseln aufgeessen

Berlin (rtr/afp). In der Rezession sind die Bruttoverdienste in Deutschland erstmals seit Gründung der Bundesrepublik gesunken. Arbeitnehmer verdienten im vergangenen Jahr vor Abzug von Steuern und Sozialabgaben durchschnittlich 27 648 Euro. Das waren 0,4 Prozent weniger als 2008, wie das Statistische Bundesamt am Mittwoch bekannt gab. Hauptgrund für den ersten Pro-Kopf-Rückgang seit 1949 waren der Anstieg der Kurzarbeit und der Abbau von Überstunden.

Besonders stark traf es Beschäftigte in der Industrie, die ein Minus von 3,6 Prozent hinnehmen mussten. Die Firmen bekamen die verstärkte Kurzarbeit und die Produktionseinbrüche deutlich zu spüren und litten unter dem stärksten Anstieg der Lohnstückkosten seit dem Jahr 1992.

„Das sind erkleckliche reale Einkommenseinbußen, wenn man noch die Inflation von 0,4 Prozent abzieht“, sagte der Tarifexperte des gewerkschaftsnahen WSI-Instituts, Reinhard Bispinck. Im Rezessionsjahr seien die vereinbarten Tarifsteigerungen bei vielen Beschäftigten nicht eins zu eins angekommen. „Für dieses Jahr gibt es keine große Chance auf Besserung.“ Die jüngsten Tarifabschlüsse für die Metallbranche und den öffentlichen Dienst deckten 2010 voraussichtlich nur die Inflationsrate von rund einem Prozent ab. Im Jahr 2009 waren die von Gewerkschaften und Arbeitgebern ausgehandelten Tarifgehälter in den meisten Branchen zwischen zwei und vier Prozent gestiegen. Da jedoch viele Menschen weniger arbeiteten als in den Vorjahren und zudem zahlreiche krisengeschüttelte Unternehmen tarifli-

che Öffnungsklauseln nutzten, stand unter dem Strich für etliche Arbeitnehmer ein Minus.

„Die Frage ist: Woher sollen dann die Impulse für Konjunkturerholung kommen?“, betonte Bispinck. Vom Privatkonsum sei wohl nichts zu erwarten. Insgesamt erwartet der Fachmann für dieses Jahr Tarifsteigerungen zwischen ein und zwei Prozent. „2010 wird für die Einkommensentwicklung nicht eines der besten Jahre.“

Die durchschnittlichen Bruttoverdienste sind definiert als Bruttolohn oder -gehalt je Arbeitnehmer. Bei der Berechnung summieren die Statistiker die Verdienste aller Arbeitnehmer – von geringfügig Beschäftigten über Beamte bis hin zu Vorstandsmitgliedern. Auch Zulagen und Prämien, Weihnachts- und Urlaubsgeld werden berücksichtigt.

Besonders stark vom Rückgang betroffen waren nach Angaben der Statistiker die Verdienste in der verarbeitenden Industrie. Dort seien die Löhne je Arbeitnehmer um 3,6 Prozent gesunken. Bei den öffentlichen und privaten Dienstleistungen hingegen konnten die Arbeitnehmer brutto einen Lohnzuwachs von 2,6 Prozent verzeichnen.

Die Nettolöhne und -gehälter der deutschen Arbeitnehmer sanken im Jahr 2009 um 0,9 Prozent. Dies hatte das Statistische Bundesamt schon vor wenigen Wochen mitgeteilt. Nach Steuern und Abgaben sind die Verdienste der Deutschen demnach schon seit Jahren unter Druck. 2008 etwa lagen die Nettobezüge 0,6 Prozent unter dem Niveau des Vorjahres, 2007 war es ein Minus von 0,5 Prozent, 2006 sogar ein Rückgang von 1,3 Prozent gewesen.

## „Finanzplanung ist Schrott“

## Grüne monieren Verzögerung / Schäuble verteidigt Etat

VON DIRK SCHMALER

Berlin/Hannover. Vor den abschließenden Ausschussberatungen über den Etatentwurf 2010 haben die Grünen der Bundesregierung einen Verstoß gegen das Haushaltsrecht vorgeworfen. Das Parlament berate seit Wochen einen Etat, dem die notwendigen gesetzlichen Grundlagen fehlten, sagte der Grünen-Haushaltspolitiker Sven-Christian Kindler gestern dieser Zeitung. Erst kurz vor der abschließenden Sitzung des Haushaltsausschusses am heutigen Donnerstag habe Schwarz-Gelb festgestellt, dass der Etatentwurf für 2010 keine mittelfristige Finanzplanung enthalte.

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) hatte zuvor erklärt, die neue Regierung werde wegen der kurzen Beratungszeit auf eine eigene Finanzplanung für die nächsten Jahre verzichten. Deshalb solle die Planung seines Vorgängers Peer Steinbrück (SPD) übernommen werden. Die wurde nach Darstellung der Grünen jedoch nie eingebracht und gehe ohnehin von überholten Annahmen aus. „Diese Finanzplanung ist Schrott“, sagte

Kindler. Dennoch wolle die Regierung den Steinbrück-Entwurf morgen im Bundestag, parallel zur letzten Haushaltsausschusssitzung, einbringen. Die Grünen sehen in der Verzögerung auch ein taktisches Manöver. Schäuble wolle vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen „nicht ihre Giftlisten vorlegen“, sagte der hannoversche Abgeordnete Kindler.

Schäuble setzte sich unterdessen per Interview gegen den Vorwurf zur Wehr, die Koalition weigere sich zu sparen. Der Finanzminister sagte, Union und FDP sei es mit dem Haushaltsentwurf 2010 gelungen, weitere Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft auf den Weg zu bringen und zugleich die Neuverschuldung gegenüber den Plänen seines Amtsvorgängers leicht abzusenken.

Der Haushaltsausschuss des Bundestages berät in dieser Woche abschließend über den Etatentwurf 2010. In einer sogenannten Bereinigungssitzung verhandeln die Haushaltsexperten der Koalition morgen noch über letzte Kürzungen. Der Etatentwurf von Schäuble sieht bislang 85,8 Milliarden Euro neue Schulden vor.

## Union drängelt bei Daten

## Leutheusser zur Vorratsdatenspeicherung noch vor Sommerpause

VON HEIKO LOSSIE

Berlin. Die Union will noch vor der Sommerpause ein neues Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung verabschieden und setzt den Koalitionspartner FDP dabei massiv unter Druck. Nach dem Stoppsignal aus Karlsruhe für die massenhafte Speicherung von Telefon- und Internetdaten warnten Politiker von CDU und CSU am Mittwoch vor Sicherheitslücken. Bundeskriminalamt und Polizeigewerkschaften pflichteten der Union bei. Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) blieb bei ihrer Linie, das Urteil zunächst gründlich und in Ruhe prüfen zu wollen. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) schaltete sich zunächst nicht in die Auseinandersetzung ein.

Das Bundesverfassungsgericht hatte das zwei Jahre alte Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung am Dienstag für verfassungswidrig erklärt. Allerdings hatte es der Speicherung von Telekommunikationsdaten keine generelle Absage erteilt. Für ein neues Gesetz formulierten die Richter eine Reihe von Auflagen.

Der Vorsitzende des Bundestags-Innenausschusses, Wolfgang Bosbach (CDU), sagte, man könne „dieses Vakuum nicht über Monate offen lassen“. Ein Verzicht auf die Datenspeicherung wäre „eine Einladung an alle Straftäter, die mit Hilfe von Telekommunikationseinrichtungen Straftaten begehen wollen, nach Deutschland zu kommen“. CDU/CSU-Fraktionsgeschäftsführer Peter Altmaier drängte ebenfalls zur Eile: „Wir können uns einen monatelangen „rechtsfreien Raum“ nicht leisten.“ Der bayerische Innenminister Joachim Herrmann (CSU) sagte, eine Datenspeicherung sei notwendig, um schwersten Straftaten vorzubeugen. Leutheusser-Schnarrenberger wies dies zurück: Als es noch keine Vorratsdatenspeicherung gab, seien auch erfolgreich Straftaten verfolgt worden.

Die Grünen sprachen am Mittwoch von einer „Nagelprobe“ für Bürgerrechts-Liberale in der FDP. Die Linke forderte ein Moratorium für elektronische Großprojekte, die datenschutzrelevant sind und dem Grundgesetz widersprechen könnten. **dpa**

## BERLINER SZENE

## Frustration über „Kindereien“ von Schwarz-Gelb

VON STEFAN KOCH

Die Koalition ist aufgeschreckt. Ausgerechnet aus der Großindustrie kommt dieser Tage scharfe Kritik an der Arbeit von Schwarz-Gelb. Hans-Peter Keitel, Präsident des Bundesverbands der deutschen Industrie, hatte Union und Liberale an ihre Reformversprechen erinnert. Und Anton Börner, Präsident des Außenhandelsverbandes BGA, forderte gestern die Regierung auf, sich nicht weiter mit „Kindereien“ aufzuhalten, sondern endlich mit der „Arbeit zu beginnen“.

Die Unzufriedenheit scheint sich quer durch die Branchen zu ziehen. So sagt Handwerkspräsident Otto Kentzler, die wichtigen Themen stünden mit Steuer- und Gesundheitsreform und einer neuen Arbeitsmarktpolitik bereits im Koalitionsvertrag. „Die Bevölkerung und das Handwerk erwarten, dass diese jetzt anpackt werden.“ Kanzlerin Angela Merkel und die Koalition müssten dafür ei-



Hans-Peter Keitel, Präsident des BDI

nen Fahrplan aufstellen. Vorwürfe, die die Regierungsparteien durchaus zum Nachdenken bringen. So erinnert Kurt Lauk, Präsident des CDU-Wirtschaftsrates, an das Zustandekommen des Koalitionsvertrags: „Es rächt sich jetzt, dass der Koalitionsvertrag sehr schnell aufgesetzt wurde, inhaltlich aber nicht sehr konkret ist.“ Jetzt beginne die „Phase der Konkretisierung“ – was in der Öffentlichkeit als Zerstrittenheit empfunden werde. Ohne die CSU namentlich zu nennen, ergänzt Lauk gegenüber dieser Zeitung: „Wenn ein Koalitionspartner in sich zerstritten ist,

hilft das natürlich weder dem Partner, noch der Koalition und schon gar nicht dem Land.“

Den Kritikern aus der Industrie hält Lauk allerdings vor, dass sie nur Rundumschläge zu bieten hätten. Während die Unternehmen schnell bei der Sache waren, als es um Hilfestellungen für sie ging, sei nunmehr „nichts Konkretes“ zu hören. In der Debatte, wie ein Sparprogramm aussehen könnte, dürften sie sich nicht aus der Verantwortung stehlen.

Lauk hob hervor, dass der Handlungsspielraum durch die Finanz- und Wirtschaftskrise enorm eingeschränkt worden sei. Allein schon die Sozialleistungen und der Schuldendienst würden die Einnahmen des Bundes durch Lohn-, Einkommen- und Mehrwertsteuer übersteigen. „Wenn ich auf diese Zahlen blicke, so Lauk, „dann halte ich eine Rundumversorgung durch den Staat nicht auf Dauer für machbar.“ Die Pauschalkritik der Industrie helfe aber in dieser Frage

nicht weiter: „Wenn 50 Prozent der Wahlberechtigten von Sozialtransfers leben, ist es schwierig, diesen Sparprozess zu gestalten.“ Lauks Empfehlung: „Wir brauchen zunächst einmal einen Konsens über den richtigen Weg.“

Die Kritik der deutschen Wirtschaftsführer wies gestern auch Unionsfraktionsvize Michael Fuchs zurück: „Die Kritik aus der Wirtschaft ärgert mich gewaltig.“ Zwar sei sie in Teilen berechtigt. So sei es dringend nötig, dass die Koalition strittige Fragen künftig ruhig berate, statt ständig aufeinander einzupugeln.

Doch der Wirtschaftspolitiker äußerte auch weiteres Unverständnis: Einerseits würden die Verbände nach Reformen und Sparmaßnahmen rufen. „Andererseits waren die Unternehmen noch nie so eifrig wie heute dabei, Subventionen zu fordern“, beklagte Fuchs. Als Beispiel nannte er die Forderung der Wirtschaft, die Regelung zum Kurzarbeitergeld weiter zu verlängern.